



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 1 - V - 6 6 - 0 1 0 6**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) V/66

Stellenzusetzungen in der Abteilung Bau und Erhaltung (6603)

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>

wird im Internet/PIWI veröffentlicht

Bestätigung Dezernent

Andreas Kowol
Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf: Stand Juni 2021

abs.: 11.001.245,48 €
 in %: 14,7

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	X	2022	Personalkosten	240.519	240.519		1300037	630098	66 Straßenbau und Erhaltung
	X	2022	Arbeitsplatzkosten	34.950	34.950		1300037	673510	66 Straßenbau und Erhaltung
	X	2023	Personalkosten	245.127	245.127		1300037	630098	66 Straßenbau und Erhaltung
	X	2023	Arbeitsplatzkosten	35.260	35.260		1300037	673510	66 Straßenbau und Erhaltung
	X	2022				240.519			Anmeldung zum HH 2022/2023
	X	2022				34.950			Anmeldung zum HH 2022/2023
	X	2023				245.127			Anmeldung zum HH 2022/2023
	X	2023				35.260			Anmeldung zum HH 2022/2023
Summe einmalige Kosten:				555.856	555.856	555.856			

	X	2024 ff	Personalkosten	245.127			1300037	630098	66 Straßenbau und Erhaltung
	X	2024 ff	Arbeitsplatzkosten	35.260			1300037	673510	66 Straßenbau und Erhaltung
Summe Folgekosten:				280.387					

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung: _____

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein Pflichtfeld.

Im Bereich der Zentralen Straßenmeisterei können zentrale Aufgaben zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit ohne zusätzliches Personal nicht mehr wahrgenommen werden. Aufgrund der verstärkten Anfragen von den Leitungspartnern und Dritter muss der Koordinierungsbereich zur Freigabe der Aufbruchgenehmigungen nach dem Wegerecht in 3 Bereiche und Bezirke aufgeteilt werden. Hierzu ist die Zusetzung von Personal notwendig.

Anlagen:

1. Stellenbeschreibung SB Koordinierung
2. Stellenbeschreibung Facharbeiter (Straßenwärter)

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1 in der Abteilung 6603 Straßenbau und Erhaltung neue Aufgaben hinzugekommen sind, die mit dem vorhandenen Personal nicht abgedeckt werden können.
 - 1.2 im Sachgebiet Koordinierung und in der Zentralen Straßenmeisterei für diese Aufgabenzuwächse dringend zusätzliches Personal benötigt wird, um die notwendigen Aufgaben sicherzustellen.
 - 1.3 die Nichtschaffung der zusätzlichen Stellen zur Folge hätte, dass die Aufgabenwahrnehmung nicht im erforderlichen Umfang und / oder nicht mit der erforderlichen Sorgfalt erfolgen kann.
2. Es wird beschlossen, dass
 - 2.1 zur Stärkung der Abteilung Straßenbau und Erhaltung bei Dez. V/66 zum Stellenplan 2022/2023 die folgenden Planstellen geschaffen werden:
 - 2.1.1. 2 Planstellen mit Stellenwert E 9 a im Sachgebiet 660310 Koordinierung.
 - 2.1.2. 2 Planstellen mit dem Stellenwert E 5 im Sachgebiet 660330 Zentrale Straßenmeisterei.
 - 2.2 Die unter 2.1. aufgeführten Planstellen können überplanmäßig im Laufe des Haushaltsjahres 2022 vorab der Genehmigung des Stellenplans 2022/23 besetzt werden.
 - 2.3 im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten wird der Basiswert des Stammpersonals des Dezernats V / 66 zum Stellenplan 2022/23 um 4 VZÄ erhöht.
 - 2.4 durch die personellen Veränderungen entstehen in 2022 Personalkosten in Höhe von 240.519 € und Sachkosten in Höhe von 34.950 € bzw. ab 2023 jährlich Personalkosten in Höhe von 245.127 € und Sachkosten in Höhe von 35.260 € (zzgl. Tarifierhöhungen). Die erforderlichen Mittel werden von Dezernat V/66 zum Haushalt 2022/2023 angemeldet.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Zu 1.2 Sachgebiet „Koordinierung“

Das Sachgebiet Koordinierung bearbeitet für gesamt Wiesbaden die eingehenden Grabungsanträge für Aufbruchsgenehmigungen nach der Richtlinie für Aufgrabungen von öffentlichen Straßen, Wege und Plätze.

Dies beinhaltet die Entgegennahme, Bearbeitung (Einholen von Stellungnahmen und Auflagen anderer Ämter und Behörden) und die Genehmigung/Ablehnung der Anträge, die Ablage und Dokumentation der Vorgänge, die Beantwortung von Beschwerden und Einsprüchen, sowie die Überwachung hinsichtlich der Einhaltung der Auflagen und die Prüfung auf mögliche Synergieeffekte mit anderen Beteiligten.

In den vergangenen Jahren ist hierbei ein jährlicher Anstieg dieser Anträge um rund 20 % pro Jahr zu verzeichnen. Derzeit liegt die Zahl der täglich eingehenden E-Mails, welche mit diesen Anträgen in Zusammenhang stehen bei 100 E-Mails. Ein Nachlassen der Bautätigkeit in Wiesbaden in den kommenden Jahren ist nicht absehbar, so dass wir von einem weiteren Anstieg der Grabungsanträge ausgehen.

Dieses Aufkommen an zu erteilenden Genehmigungen ist von einer Mitarbeiterin in Teilzeit nicht mehr zu leisten. Hinzu kommen noch ca. 40 Großkoordinierungen, zurzeit in Videokonferenzen, die eine Protokollierung verlangen. Dies ist zeitnah mit den vorhandenen Mitarbeitern nicht zu leisten.

Aufgrund der verstärkten Anfragen von den Leitungspartnern und Dritter muss der Koordinierungsbereich zur Freigabe der Aufbruchsgenehmigungen nach dem Wegerecht in 3 Bereiche und Bezirke aufgeteilt werden, was bei nur einer zuständigen Sachbearbeiterin nicht möglich ist.

Um hier eine schnellere und effektive Bearbeitung, auch von Bürgeranfragen zu gewährleisten, werden zwei zusätzliche Stellen mit Stellenwert E9 a benötigt.

Zu 1.2 Sachgebiet „Zentrale Straßenmeisterei“

Im Jahr 2019 wurde der „Bauhof Berliner Straße“ inklusive „Fuhrparkmanagement Amt 66“ aus dem Sachgebiet 660320 herausgelöst und mit dem Sachgebiet 660330 Beschilderung zusammengelegt - es entstand die Zentrale Straßenmeisterei. Die Personalstärke lag damals bei insgesamt 35 Funktionskräften und drei Auszubildenden. Die Zentrale Straßenmeisterei ist in dieser Form somit noch eine recht junge Organisationsform und muss daher stetig geprüft und angepasst werden.

Die grundlegende Aufgabe der Zentralen Straßenmeisterei besteht in der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit der Straßen sowie der Verkehrszeichen, dem Ausbessern von Schlaglöchern und allem was zu dieser hoheitlichen Aufgabe dazu gehört.

Es erfolgten seit 2019 diverse Schulungen, Strukturveränderungen und Neuorganisationen, um den Betrieb revisionsrechtlich gerade so aufrechterhalten zu können. Es war seitdem nicht mehr möglich, Lehrlinge auszubilden.

In der Zentralen Straßenmeisterei ist durch zusätzliche neue Aufgaben erheblicher Mehrbedarf zu leisten, nicht zu Letzt im Zusammenhang mit DIGI-V, Radverkehrsanlagen sowie die Beschaffung und Betreuung der E-Mobilität im Amt.

Weitere Bereiche, wie zum Beispiel der privater Grünschnitt, wurden bei der Straßenmeisterei neu angesiedelt, da diese vorher im Amt und auf der Zentrale Straßenmeisterei von diversen Sachbearbeitern sowie Bezirksleitern vergeben wurden, so dass es zu Mehrfachbeauftragungen kam. Die Abarbeitung „Privater-Grünschnitt“ wird von einem Mitarbeiter für das komplette Stadtgebiet abgedeckt, auch dies ist nicht mehr tragbar. Vergleichbares gilt für die neue Aufgabenzuweisungen im Bereich Stadtmöblierung oder Fahnenkammer.

Aber auch aus der vorherigen Struktur trägt der Bereich noch Altlasten mit sich. Im Bereich „Beschilderung“ fielen in den Jahren 2005-2006 insgesamt fünf Stellen ersatzlos weg. Der damit einhergehende Sanierungsstau wurde damals von 660330 schriftlich prognostiziert, die abgeschätzten Folgen finden sich so leider im Stadtgebiet wieder - vielerorts finden sich verblasste Verkehrszeichen, Absperr- und Schilderpfosten, welche nicht mehr verkehrssicher sind.

Zusätzlicher Personalabbau und Personalverschiebungen in der Abteilung 6603 führten schließlich dazu, dass die Anzahl der Funktionskräfte bei 660330 derzeit bei lediglich 28 Mitarbeitenden liegt.

Mit der aktuellen Personalstärke von 28 Personen, sind die ursprünglichen Aufgaben, die zugesetzten Aufgaben und die zusätzlichen Projekte trotz aller Bemühungen, Schulungen und struktureller Anpassungen, nicht leistbar.

Hierbei ist neben der Prüfung der einschlägigen Gesetze und Richtlinien immer auch die Verkehrssicherheit als Ganzes zu berücksichtigen. Mit der täglichen Ausübung geht eine hohe Verantwortung einher, die ein hohes Maß an Aufmerksamkeit erfordert. Eine Arbeitsüberlastung in diesem Bereich kann erhebliche Auswirkungen haben.

Viele der oben genannten Tätigkeiten müssen mittlerweile zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit durch Fremdvergabe aufgefangen werden. Unter anderem wurde die Reinigung sämtlicher Flächen des Tiefbau- und Vermessungsamtes per Kontrakt an die ELW übergeben. Die Erneuerung von Verkehrszeichen beschränkt sich derzeit auf vorfahrtsregelnde Bereiche.

Hieraus ergeben sich natürlich zusätzliche administrative Aufgaben und Nachkontrollen. Es ist selbsterklärend, dass dies weder betriebswirtschaftlich sinnvoll ist, den organisatorischen Ablauf beeinträchtigt und auch nicht im Interesse der Stadt sein kann.

Die strukturelle Überprüfung der Aufgaben zeigt daher, dass die Verkehrssicherheit dauerhaft nur gewährleistet werden kann, wenn die Zentrale Meisterei um zunächst zwei Stellen aufgestockt wird. Um die Einsatzbereitschaft zu gewährleisten, ist daher die Zusetzung von zwei Stellen mit Stellenwert E 5 notwendig.

Im Zuge der nächsten Haushaltsberatungen wird zu überprüfen sein, ob hierdurch die Bedarfe ausreichend gedeckt werden konnten.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

/

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

/

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

/

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

/

Wiesbaden, 19. August 2021



Andreas Kowol
Stadtrat